
Berichte

Protest gegen Raketen - Die Nachrüstungsgegner und ihre Demonstration- bereitschaft

In der Aktionswoche für den Frieden zwischen dem 15. und 22. Oktober hat die Friedensbewegung hunderttausende Menschen auf die Straße gebracht, die sich in mannigfaltigen Formen gegen die Rüstung in Ost und West wandten, insbesondere aber die Stationierung neuer atomarer Waffen in der Bundesrepublik verhindern wollten. Nach eigenen Angaben der Veranstalter haben sich alleine an den „Volksversammlungen“ für den Frieden am 22. Oktober 1983 sowie an der 108 km langen Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm ca. 1,3 Mio Menschen beteiligt.¹

Schon im Vorfeld dieser Aktionen wurde gemutmaßt, wie groß die Unterstützung dieser Bewegung in der Bevölkerung ist, und aus welchen politischen und sozialen Gruppen sie sich rekrutiert. Daneben sah sich die Friedensbewegung Vorwürfen ausgesetzt, die eine direkte Einflußnahme der Sowjetunion auf ihre Aktionen unterstellten.² Einen der schärfsten Angriffe auf die Friedensbewegung startete F. J. Strauß im Bayern-Kurier: „Die Friedensbewegung hat mobil gemacht, die Armeen des politisch-psychologischen Krieges, vom Kreml gezielt eingesetzt und gesteuert, marschieren, Straßen und Plätze werden zu Schlachtfeldern umfunktioniert.“³

Angesichts solcher Behauptungen einerseits und den Ergebnissen vieler Umfragen andererseits, die ein überwiegend positives Bild der Friedensbewegung in der Bevölkerung zeichnen⁴, stellt sich die Frage, welche Protestpotentiale es zur Zeit in der Bundesrepublik tatsächlich gibt, und wie sie sich politisch und sozio-demographisch zusammensetzen. Dabei muß beachtet werden, daß es sich hier lediglich um mögliche Protestaktionen gegen die Stationierung neuer Raketen und nicht um ein Protestpotential im allgemeinen handelt.

Die Protestbereitschaft gegen die neuen Raketen kann nur als Folge der Ablehnung der Nachrüstung entstehen. Die letzten Ergebnisse von methodischen Standards genügenden Umfragen stimmen in der Einschätzung überein, daß sich gegen-

1 Genauere Angaben über die Zahl der Teilnehmer waren bei der Abfassung dieses Artikels noch nicht bekannt. Quelle hier: ARD-Tagesschau vom 22. 10. 1983, 20 Uhr.

2 In einer Veröffentlichung des Bundes-Innenministeriums mit dem Titel: „Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung“, wurde die Friedensbewegung als - via SED und DKP - direkt von dem Zentralkomitee der KPdSU beeinflusst dargestellt.

3 F.-J. Strauß im Bayern-Kurier, zitiert nach: Kölner Stadt-Anzeiger vom 20. 10. 1983.

4 Vgl. EMNID-Information 11/1981, infas-Untersuchung im Auftrag des WDR März/April 1982 und die von den Autoren im Auftrag des NDR-Magazins „Panorama“ vom EMNID-Institut durchgeführte repräsentative Untersuchung im Bundesgebiet und West-Berlin, zwischen dem 25. 8. und 8. 9. 1983 bei 2034 Befragten über 14 Jahre. Alle weiteren Zahlen in diesem Artikel, die nicht besonders gekennzeichnet sind, stammen aus dieser Untersuchung.

wärtig ca. zwei Drittel der Bundesbürger gegen die Aufstellung von Pershing 2 und Marschflugkörpern aussprechen.⁵ Doch diese Mehrheit bedeutet noch lange nicht, daß auch die Protestbereitschaft eine ähnlich breite Basis findet. Nicht jede Unzufriedenheit geht direkt in eine Handlungsbereitschaft über, die Reaktion hängt vielmehr von der subjektiv zuerkannten Bedeutung der Thematik und der persönlichen Betroffenheit des einzelnen ab. Wird die Entscheidung (hier Verhinderung der Nachrüstung) als wichtig empfunden, kann die Umsetzung zum Handeln erfolgen. Welche Art des Protestes - konventionelle oder unkonventionelle - dann gewählt wird, ist wieder sowohl von der Intensität der Betroffenheit, der zuerkannten Legitimität und Effektivität der Protestform, als auch von sozio-demographischen Merkmalen der Betroffenen abhängig.⁶

So bildet die Zahl der Teilnehmer an der Aktionswoche nur die Spitze eines Eisberges. Ende August/Anfang September befürworteten 78 Prozent der befragten Nachrüstungsgegner die Proteste gegen die Raketenstationierung, auch wenn in der Art des Protestes sehr wohl Unterschiede gemacht werden. Nur 12 Prozent lehnten die Proteste ab, 10 Prozent hatten zu dieser Frage keine Meinung. Auf die Form des Protestes, die von Beteiligung an Unterschriftensammlungen bis hin zu Demonstrationen und Blockaden reichen kann, angesprochen, befürworteten die Nachrüstungsgegner mehrheitlich Unterschriftenlisten und genehmigte Demonstrationen, während Blockaden und nicht genehmigte Demonstrationen von den meisten entschieden abgelehnt wurden. Die eigene Partizipationsbereitschaft folgt in der Reihenfolge der Protestarten ähnlichen Mustern. Dabei liegt die eigene Bereitschaft jeweils etwas niedriger als die generelle Billigung der Protestform. Unter den Nachrüstungsgegnern, die Aussagen zur eigenen Demonstrationsbereitschaft machten, gaben 14 Prozent an, sie würden an genehmigten Demonstrationen „ziemlich sicher“ teilnehmen, weitere 31 Prozent würden es „unter Umständen“ tun.

Von besonderem Interesse sind vor allem die 14 Prozent der Nachrüstungsgegner, die „ziemlich sicher“ an einer genehmigten Demonstration teilnehmen würden, da sie als das engere Potential der Friedensbewegung gelten können. Die Analyse dieser Gruppe scheint zunächst das äußere Bild, das die Friedensbewegung bietet, zu bestätigen: überproportional viele junge Menschen, insbesondere die Altersgruppe der 20- bis 30jährigen sind hier vertreten. Haben sie eine längere schulische Ausbildung (Abitur, Studium) hinter sich, ist die Wahrscheinlichkeit ihrer Beteiligung an den Protestaktionen noch höher.

Diese fast trivialen, weil inzwischen allgemein bekannten Ergebnisse haben aber einen tieferen soziologischen Hintergrund.⁷ Die Umsetzung der Bereitschaft in Aktionen ist nicht nur von der Einstellung gegenüber der Protestart, sondern auch von der sozialen Lage abhängig. Faktoren wie Alter, Familienstand, Wohnort (Land/Stadt), Gesundheitszustand, Beruf und anderes mehr, spielen dabei eine wichtige Rolle. Daneben variiert die Realisierung des Protestes vor allem auch nach der Stel-

5 In der Untersuchung der Autoren (vgl. Anm. 4), waren Ende August/Anfang September 66 Prozent der Bundesbürger gegen die Nachrüstung. Vgl. auch „Die Zeit“ vom 7. 10. 1983, in der auch die Ergebnisse anderer Institute veröffentlicht wurden, die diese Größenordnung bestätigen. Vgl. auch Reuband, K.-H., und Uttitz, P.: Wer hat die Mehrheit? Nachrüstung und Friedensbewegung in der öffentlichen Meinung, Veröffentlichung in Vorbereitung.

6 Vgl. Barnes, S. H., Kaase, M. et al.: Political Action, Beverly Hills, London 1979

7 Vgl. ebenda

lung im Lebenszyklus: Jugendliche und junge Erwachsene sind dabei noch am wenigsten in verpflichtende Alltagsroutinen eingebunden, ihr Zeitbudget und ihre Mobilität lassen am ehesten die Teilnahme an Protestaktionen zu. Dennoch wäre die Schlußfolgerung, daß die Friedensbewegung vorwiegend die Interessen junger Akademiker vertritt, falsch. Demonstrationsteilnahme und die Befürwortung der Ziele kann hier nicht gleichgesetzt werden, und die Überrepräsentation einiger Gruppen bedeutet noch nicht, daß sie die Mehrheit bilden.

Auch bei den Anhängern der einzelnen Parteien wird unterschiedliche Bereitschaft zur Teilnahme sichtbar. Unter den CDU/CSU-Anhängern gibt es zwar eine Mehrheit, die sich gegen die Stationierung neuer Raketen ausspricht, nur 3 Prozent der Raketengegner sind aber auch bereit, „ziemlich sicher“ dafür auf die Straße zu gehen, 25 Prozent würden es „unter Umständen“ tun. Die Nachrüstungsgegner in der FDP zeigen ebenfalls nur geringe Demonstrationsbereitschaft (9 Prozent „sicher“, 7 Prozent „unter Umständen“). Die Wähler der Sozialdemokraten entsprechen in ihrer Neigung, den Protest auch umzusetzen, ungefähr dem Durchschnitt der Nachrüstungsgegner insgesamt (14 bzw. 36 Prozent), während die Anhänger der Grünen eindeutig die demonstrationsbereitesten sind (55 bzw. 38 Prozent).

Tabelle 1

Demonstrationsbereitschaft der Nachrüstungsgegner nach Parteipräferenz (in Prozent)

	insg.	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
ziemlich sicher	14	3	14	9	55
unter Umständen	31	25	36	7	38
keinen Umständen	55	72	50	84	7
	100	100	100	100	100

Frage: Nun würde ich ganz gerne wissen, ob sie selbst etwas tun würden, um gegen die Raketen zu protestieren.

Schauen Sie bitte auf diese Liste und sagen Sie mir, was Sie ziemlich sicher, unter Umständen oder unter keinen Umständen tun werden. Wie ist es mit der Teilnahme an einer genehmigten Demonstration? (Den Befragten wurde eine Liste vorgelegt)

Quelle: Repräsentativbefragung im Bundesgebiet und West-Berlin, durchgeführt vom EMNID-Institut vom 25. 8. bis 8. 9. 1983, erwachsene Bevölkerung ab 14 Jahre, 2034 Fälle

Anm.: In dieser Tabelle wurde die Antwortkategorie „keine Angabe“ nicht mitberücksichtigt und der Rest auf 100 Prozent prozentuiert.

In absoluten Zahlen ausgedrückt, gibt es fast genauso viele Grüne, die „ziemlich sicher“ bereit sind, an den Aktionen teilzunehmen, wie bei der SPD. Damit wird auch hier die Abhängigkeit der Umsetzungsbereitschaft von zusätzlichen Faktoren deutlich. Für die Grünen bildet das Friedensthema neben der Ökologie die wichtigste politische Priorität. Bei den Sozialdemokraten steht es mit an der Spitze, Vollbeschäftigung hat aber einen noch höheren Stellenwert. Für die Anhänger der Regierungsparteien ist die Friedensthematik ebenfalls wichtig, die Bedeutung kann je-

doch nicht mit der bei den Grünen verglichen werden.⁸ Dies mag mit die parteipolitische Variation erklären, wie auch die Ambivalenz in der Einstellung zur Nachrüstungfrage und die generelle Einstellung zu Demonstrationen.

Nicht nur die Unterstützung der Proteste der Friedensbewegung und die eigene Protestbereitschaft, die wichtige Indikatoren für die Größe der Basis der Bewegung bilden, sondern auch die Einstellung dieser Menschen zu sicherheitspolitischen Themen trägt zur Beschreibung des Potentials der Friedensbewegung bei. Gleichzeitig lassen sich damit einige Vorwürfe, die an die Adresse der Friedensbewegung gerichtet werden („Einäugigkeit“, „Antiamerikanismus“), überprüfen. Dies kann am besten anhand des Vergleichs zwischen Nachrüstungsbefürwortern und -gegnern geschehen und den Aktiven, die „ziemlich sicher“ an Demonstrationen teilnehmen würden.

Die Befürworter der Nachrüstung sehen in ihrer Mehrheit (zu 69 Prozent) den Osten als überlegen an, bei den Nachrüstungsgegnern ist dies dagegen nur eine Minderheit. An eine Überlegenheit des Westens glauben beide Seiten nicht. Um so häufiger herrscht der Glaube an ein militärisches Gleichgewicht sowohl bei den Nachrüstungsgegnern als auch bei den -befürwortern vor. Bei den aktiven Nachrüstungsgegnern verschiebt sich das Bild sogar noch weiter auf ein Gleichgewicht hin: wer ziemlich sicher an einer Demonstration gegen die Nachrüstung teilnehmen will, sieht ein Gleichgewicht zu 34 Prozent als gegeben an und eine Überlegenheit des Westens fast genauso häufig wie eine Überlegenheit des Ostens (23 bzw. 27 Prozent). Gemessen an der Wahrnehmung des Gleichgewichts kann also von der vielzitierten „Einäugigkeit“ nicht die Rede sein. Die Gegner der Nachrüstung scheinen vielmehr als Gruppe der Logik des Gleichgewichtsdenkens zu folgen: Weil sie keine Unterlegenheit des Westens wahrnehmen, sehen sie auch keine Notwendigkeit zur Nachrüstung.

Auch der Vorwurf des „Antiamerikanismus“ erscheint angesichts der herrschenden Meinungsverhältnisse in der Bundesrepublik problematisch: Weil die Mehrheit den Amerikanern positiv gegenübersteht und zugleich eine Mehrheit gegen die Nachrüstung ist, kann breite Gegnerschaft gegenüber der Nachrüstung kein Symptom für Antiamerikanismus sein. Die Wirklichkeit ist differenzierter als es die öffentliche Meinung im allgemeinen widerspiegelt: Unterschieden werden muß zwischen der globalen Bewertung der Amerikaner (als Volk und Nation) und der amerikanischen Regierung. Während die globale Orientierung in den letzten Jahren stabil und positiv blieb, hat sich in der Beurteilung der amerikanischen Regierung ein entscheidender Wandel vollzogen. Seit dem Amtsantritt Ronald Reagans ist das Vertrauen in die Handlungskompetenz der amerikanischen Regierung, vernünftig auf Weltprobleme zu reagieren, erheblich gesunken. Im Herbst 1981 hatten noch 62 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen, im Herbst 1983 nur noch 40 Prozent.⁹ Inzwischen gibt es mehr Personen, die Mißtrauen als Vertrauen aufbringen.

Gerade das Vertrauen, welches in die Handlungskompetenz der amerikanischen Regierung gesetzt wird, ist für die Einstellung zur Nachrüstung von Bedeutung.

⁸ Vgl. infas-Report Wahlen, Hessen 1983, Bonn-Bad Godesberg September 1983, S. 90.

⁹ Vgl. Reuband, K.-H.: Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, Referat anlässlich der Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Mannheim, 11.-13. 10. 1983.

Befürworter haben mehrheitlich - zu 76 Prozent - sehr viel oder viel Vertrauen, Nachrüstungsgegner nur zu 29 Prozent. Daß ihr geringes Vertrauen nicht einseitig ausfällt, belegt die Beurteilung der Sowjetunion. Dieser wird von den Nachrüstungsgegnern fast ebensowenig Vertrauen entgegengebracht wie von den Befürwortern (9 bzw. 5 Prozent). Selbst die Aktiven unter ihnen machen hier keine Ausnahme: ihr Vertrauen in beide Supermächte ist annähernd gleich niedrig. Ob jemand Nachrüstungsbefürworter oder -gegner ist, entscheidet damit nicht die Wahrnehmung der Sowjetunion als vielmehr die Wahrnehmung der amerikanischen Regierung.

Dr. Karl-Heinz Reuband und Pavel Uttitz,
wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Köln